

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2020



Einkommengrenzen 2020

Desinformationskrieg 1948–1989

Das unselige Ende der DDR

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Beratung auch 2019 sehr gefragt
„Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“
Neues Besucherzentrum eröffnet
Besucherrekord
Erinnerung

Recht

- 4 Zu Stiftungsleistungen für Hinterbliebene
Einkommensgrenzen 2020

International

- 5 Die Tschechoslowakei im (Des-)Informationskrieg 1948–1989
Albanische Propagandaschriften...

Thema

- 6 Das unselige Ende der DDR

Konkret

- 9 Versuche oder gezielte Schädigung?
Zeitzeuge gesucht!

Zeitzeugen

- 10 Armlös, harmlos und trotzdem gefährlich?

Berichte

- 11 Gedenken an Arno Esch
Längst keine Demokratie mehr
- 12 Stalins Kulturpolitik
Dokumentationsstelle Dresden erforscht SMT-Urteile
in Dresden 1945–1955
Wichtig für die Rente

Verbände

- 13 Beratungstage 2020 in Niedersachsen
Aufruf
Neues Infomobil an der East Side Gallery
Tost 2020
- 14 Einladung
Schattenspiel
- 15 Leserbrief
Abschied

Service/Bücher

- 16 Der Fall Heinz Felde
Eine Geschichte von Verrat
- 17 Top secret war gestern
- 18 Chinas Einfluß auf die sozialistische Welt

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

East Side Gallery in Berlin. Links von diesem Bild in der Mauerlücke steht das neue Infomobil der Stiftung Berliner Mauer (s. auch S. 13).

Foto: N. Radlitz

Editorial

Das Mahnmal kommt

Ende vergangenen Jahres hat der Bundestag beschlossen, daß ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus errichtet werden soll. Unter setzt ist dieser Beschluß mit einer Summe von 250 000 Euro und der Verpflichtung der Bundesregierung, kurzfristig ein Konzept zur Realisierung vorzulegen. Die Frage war nun, wie ein solches Projektverfahren zu organisieren ist.

Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Frau Prof. Monika Grütters, hatte – wie ich finde – eine gute und praktikable Idee, die derzeit umgesetzt wird. Die Bundesstiftung Aufarbeitung und die UOKG werden gemeinsam für die Realisierung verantwortlich sein. Konkret bedeutet dies, daß sehr kurzfristig ein formeller Antrag gestellt wird, damit die Vorbereitungs mittel abgerufen werden können. Frau Dr. Kaminsky für die Bundesstiftung Aufarbeitung und ich für die UOKG werden gemeinsam verantwortlich

sein für die sachgerechte Erarbeitung der Konzeption und natürlich auch die Verwendung der Mittel.

Neben den beiden Hauptverantwortlichen wird es einen Beirat geben von fachkundigen Frauen und Männern, die ihren Sachverstand in die Konzeption einbringen sollen. Im Ergebnis dieser Arbeitsphase soll der Projektstand so aussehen, daß dann ein Wettbewerb ausgeschrieben werden kann, in dessen Folge ein hoffentlich aussagefähiger und überzeugender Entwurf für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus ausgewählt werden kann. Für die Umsetzung des Konzeptes wird der Bundestag natürlich noch gesondert Mittel ausreichen. Soweit, meines Erachtens, nach den langen Jahren der Hängepartien doch jetzt ein großer Fortschritt.

Ich verbleibe mit besten Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Beratung auch 2019 sehr gefragt

(nдр) 30 Jahre nach dem Mauerfall sind noch nicht alle Fälle von SED-Verbrechen aufgearbeitet. Nach wie vor suchen in Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen Beratung, weil sie Unrecht durch das DDR-Regime erfahren haben. Im vergangenen Jahr wendeten sich mehr als 1300 Menschen an die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher. Das sind 200 mehr als im Jahr davor. Sie haben Verfolgung, Leid und Unrecht in der DDR erfahren.

Eine besondere Gruppe bleiben auch weiterhin die ehemaligen Heimkinder. Ein entsprechender Entschädigungsfonds ist zwar ausgelaufen, trotzdem suchten im letzten Jahr 360 ehemalige Heimkinder Hilfe bei der Landesbeauftragten, um ihre Schicksale aufzuarbeiten. Mit zusätzlichen Mitteln konnte im Jahr 2019 auch

die Beratungsstelle für Doping-Opfer der DDR weitergeführt werden. Hier suchten 260 Betroffene Unterstützung. Sie hoffen auf Rehabilitation oder eine Opferrente.

Ihnen gehe es aber vor allem auch darum, daß ihre Geschichten Gehör finden und von der Gesellschaft anerkannt werden, so die Landesbeauftragte Drescher. Sie hilft Betroffenen durch Recherche in Stasi-Unterlagen und Archiven, ihr Unrecht und mögliche Spätfolgen nachzuweisen. Bei gesundheitlichen Folgeschäden sei ein Nachweis rechtlich aber oft schwierig. Die Anerkennungsquote liege bei etwa elf Prozent. Auch immer mehr Kinder und Enkel von Betroffenen wollen ihre Familiengeschichte aufarbeiten und suchen dafür Hilfe. Sie müssen für eine Akteneinsicht jedoch umfangreich ein berechtigtes Interesse nachweisen. 

„Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“


(mzc) Vom 11. März bis zum 2. April ist im Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. die Wanderausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ des Anne Frank Zentrums zu Gast. Sie kann im Rahmen von Schulklassen und anderen Gruppen im Rahmen von Peer-Führungen – begleitet durch dafür geschulte Jugendliche – gebucht werden.

Für nähere Informationen und Buchungen wenden Sie sich bitte mit Ihrem Terminwunsch an Johannes Näder, bildung@menschenrechtszentrum-cottbus.de, Tel. (0355) 29 01 33 15 od. (0163) 289 44 63. Für den Ausstellungsbesuch fallen die normalen Eintrittskosten (6 €, ermäßigt 4 €) an, die Führung selbst ist kostenfrei.

Die Ausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ rückt die Lebensgeschichte Anne Franks in den Blickpunkt und fördert damit nicht nur die Auseinandersetzung mit Antisemitismus,


Rassismus und Diskriminierung, sondern auch mit der Bedeutung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie.

Das Konzept der Ausstellung setzt auf die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit der Geschichte von Anne Frank und ihrem Tagebuch. Darin schreibt sie vor dem Hintergrund der damaligen Verfolgung und Lebensumstände über Themen, die auch Jugendliche heute noch beschäftigen: die eigene Entwicklung und die Welt, die sie umgibt. Die Ausstellung wurde im Rahmen des Projektes »Anne Frank und wir« vom Anne Frank Haus in Amsterdam und dem Anne Frank Zentrum entwickelt. Nach der Erstpräsentation im Deutschen Bundestag ist sie seit 2012 als Wanderausstellung bundesweit zu sehen.

Ort: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus 

Neues Besucherzentrum eröffnet

(bkl) Am 10. Januar wurde am Stasi-Bunker in Machern bei Leipzig ein neues Besucherzentrum eröffnet. Der Termin fand auf den Tag genau 30 Jahre nach der ersten öffentlichen Begehung der Bunkeranlage statt. Das Zentrum wurde im ehemaligen Kommandantenwohnhaus eingerichtet und beherbergt zwei Sonderausstellungen zur Friedlichen Revolution.

In dem Flachbau mitten im Naherholungsgebiet „Lübschützer Teiche“ wohnten bis Anfang 1990 der letzte Kommandant Siegfried P. und seine Frau. Der Stasioffizier gehörte zur Wartungsmannschaft, die im unterirdischen Bunker die Anlagen pflegte. Das Museum im Stasi-Bunker ist Teil der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“. 

Besucherrekord


(sbm) Die Stiftung Berliner Mauer blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück. Mit rund 1 219 000 Menschen besuchten so viele Gäste wie nie zuvor die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße. Dieser neue Besucherrekord entspricht einer Steigerung von acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Vor allem das Interesse am Bildungsprogramm der Stiftung war 2019 enorm. Die Zahl der Führungen stieg von ca. 3200 (2018) auf mehr als 4000 Führungen an allen vier Standorten der Stiftung. Insgesamt nahmen knapp 80 000 Menschen an den Führungen teil. Das Angebot umfaßt außerdem Seminare, Projektstage und Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Auch für diese Formate verzeichnete die Stiftung 2019 eine stärkere Nachfrage als im Vorjahr.

Erinnerung

an den Frauenkongreß in Hoheneck

(uokg) Eines der schlimmsten Wahrzeichen der SED-Diktatur, das Frauenzuchthaus Hoheneck, wird zur Gedenkstätte. Zu danken ist dies dem Engagement vieler ehemaliger Hoheneckerinnen und der Stadt Stollberg. Die Gedenkstätte soll zukünftig über politisch verfolgte Frauen berichten.

Einen ersten Anfang macht die Gedenkstätte in Kooperation mit der UOKG mit dem dreitägigen Kongreß „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen – politisch verfolgte Frauen in der SBZ/DDR“ vom **1. bis 3. Mai 2020**. Zur Sprache sollen die vielfachen Repressionen kommen, von denen Frauen betroffen waren – und die teilweise bis heute weiterwirken. Die Vorträge werden begleitet durch Statements von Zeitzeugen und Gesprächsangebote. Aber auch zum Gedenken und Nachdenken soll genügend Zeit bleiben. Wir erwarten Gäste aus Bund und Ländern, u.a. den Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer und Marcel Schmidt, den Oberbürgermeister von Stollberg. 

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Noch einmal: Zu Stiftungsleistungen für Hinterbliebene

In der vorigen Ausgabe wurde bereits über Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge im Zusammenhang mit der Novellierung der Opferentschädigungsgesetze informiert. Wegen verschiedener Nachfragen wird an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß über den § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes den nächsten Angehörigen (dazu gehören Kinder, Eltern, Ehegatten) von ehemaligen politischen Häftlingen, die nach der Haft im Verlaufe der Zeit verstorben sind, nach wie vor Unterstützungsleistungen durch die Stiftung zustehen. Dabei ist unerheblich, ob die verstorbenen Angehörigen mehr oder weniger als 90 Tage inhaftiert waren bzw. zwischenzeitlich bereits die Opferrente bezogen hatten.

Maßgeblich für die Gewährung von Leistungen an den genannten Personenkreis ist allerdings der Nachweis der Bedürftigkeit des Antragstellers. Deshalb sollten

die folgenden, von der Stiftung derzeit in Anwendung gebrachten Bemessungsrichtwerte nicht wesentlich überschritten werden. Als in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt gilt, wer nach Abzug von Miete, einschließlich der Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für eine Eigentumswohnung/Eigenheim als Alleinstehender nicht mehr als 1160 Euro (Nettoeinkommen) zur Verfügung hat. Bei Ehepaaren und anderen Haushalten mit zwei Personen liegt die Einkommensgrenze bei 1580 Euro. Für jedes weitere Mitglied der Bedarfsgemeinschaft werden 525 Euro auf den Richtwert aufgeschlagen. Mietkosten müssen bis zu einem Betrag von 450 Euro nicht nachgewiesen werden, liegen sie darüber, werden sie nur bis zu einer Höhe von 800 Euro berücksichtigt. Bei eigenem Haus oder einer Eigentumswohnung gilt als pauschaler monatlicher Aufwendungssatz 450 Euro. Werden höhere Aufwendungen nachgewiesen, erfolgt eine Berücksichtigung bis

maximal 800 Euro. Ebenfalls zum Abzug gebracht wird eine Versicherungspauschale in Höhe von 40 Euro. Bei der Berechnung dieser Einkommensgrenzen wird das Familieneinkommen herangezogen.

Einzugehen wäre noch auf die unmittelbare, nicht unerhebliche Mitbetroffenheit der Hinterbliebenen. Grundsätzlich gilt, Ehepartner sollten schon vor oder während der Haft des Partners die Ehe geschlossen haben und Kinder vor oder während der Haft des verstorbenen Elternteils geboren worden sein. Hinterbliebene Angehörige, auf die Genanntes zutrifft, sollten sich unbedingt in unserer Geschäftsstelle beraten lassen, um abzuklären, ob sie Leistungen von der Stiftung und entsprechende Anträge erhalten können. Nähere Informationen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Einkommensgrenzen 2020

Leistungen nach dem Strafrechtlichen Reha-Gesetz – wie die Opferrente – und Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Reha-Gesetz werden nur in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Bedürftigkeit der Antragsteller gewährt. Diese ist abhängig von bestimmten Einkommensgrenzen. Maßgeblich für die Bemessung der Einkommensgrenzen ist die sogenannte Regelbedarfsstufe 1. An dieser Stelle einige Hinweise dazu.

Die Opferrente beläuft sich seit dem 28.11.2019 auf monatlich bis zu 330 Euro für ehemalige politische Häftlinge, die insgesamt mindestens eine 90tägige Freiheitsentziehung erlitten haben. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 432 Euro für das Jahr 2020 ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages. Das heißt, Berechtigte im Sinne des Gesetzes gelten in ihrer wirtschaftlichen Lage als besonders beeinträchtigt, wenn das ermittelte Einkommen die Einkommensgrenzen derzeit bei Alleinstehenden 1296 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe) und bei Verheirateten, in Lebenspartner-

schaft und ähnlich Lebenden 1728 Euro (vierfache Regelbedarfsstufe) nicht übersteigt. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten und nicht auf das seines Partners. Übersteigt das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um einen geringeren Betrag als 330 Euro, erhält der Berechtigte die Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages.

Berechtigten, die Neu-Renter sind oder werden bzw. rentenrechtliche Bezüge erhalten und bisher keine Opferrente beantragt haben, weil ihr Einkommen zu hoch war, wird die Opferrente unabhängig von der Höhe ihrer Rente gewährt. Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit werden Renten außer Betracht gelassen. Die Opferrente bleibt bei der Gewährung anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen unberücksichtigt, das heißt, sie zählt nicht zum Einkommen.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 432 Euro ändert sich ebenfalls die Höhe des für die Einkommensgrenzen maßgeblichen Grundbetrages für die Zahlung von monatlichen Ausgleichs-

leistungen nach dem Beruflichen Reha-Gesetz. Berechtigte im Arbeitsprozeß erhalten diese Leistungen in Höhe von bis zu 240 Euro, Rentner bis maximal 180 Euro seit dem 28.11.2019. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (u.a. Miet- und Heizkosten) hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 864 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten aus 80 Prozent, also 691,20 Euro. Der Gesamtbetrag für ein Ehepaar beläuft sich somit auf 1555,20 Euro. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt.

Probleme traten in der Vergangenheit bei der Gewährung von Differenzbeträgen auf. Deshalb sollte darauf geachtet werden, ob eine Angleichung der Leistung bzw. eine entsprechende Nachzahlung erfolgt ist.

Elke Weise

Die Tschechoslowakei im (Des-)Informationskrieg 1948–1989

(penc)Wie kann man das aktuelle Desinformationsphänomen, gefälschte Nachrichten, alternative Nachrichtenseiten, Verschwörungstheorien usw. besser verstehen?

Das Online-Projekt „Tschechoslowakei im (Des-) Informationskrieg von 1948–1989“ bietet eine einzigartige Sicht auf dieses Thema aus der Perspektive unbekannter psychologischer und Desinformationsoperationen, die von den totalitären Regimes über ihre Geheimdienste während des Kalten Krieges durchgeführt wurden. Schon damals – vor der Zeit des Internets – wurden die Operationen gegen die Europäische Gemeinschaft, die USA, die NATO und im Inland gegen die Bürger durchgeführt.

Die Europäische Union war in jüngster Zeit einem zunehmenden Druck von Desinformationsaktivitäten ausgesetzt. Ziel dieser Aktivitäten allgemein ist es, die EU zu destabilisieren und zu atomisieren. Diese Aktivitäten zielen direkt auf das Wesen der Gemeinschaft ab, die sich zu den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte bekennt und diese achtet.

Die 26 Artikel des Projekts über die geheimen Operationen der kommunistischen Tschechoslowakei und des Ostblocks gegen ihre damaligen Feinde (die heutigen Verbündeten) enthalten Details und Fakten, die helfen könnten, das aktuelle Phänomen der russischen Desinformation besser zu verstehen und Aktivitäten gegen demokratische Institutionen zu beeinflussen.

Das Projekt bietet Details zu den institutionalisierten Mitteln, den Zielen, Formen, Methoden und dem Agenturnetzwerk, die vor November 1989 bei der Vorbereitung und Verbreitung solcher Kampagnen gegen die in- und ausländische Öffentlichkeit professionell eingesetzt wurden.

Die ausgewählten Operationen im Westen und ihre Auswirkungen werden im Detail vorgestellt, wie die Operation zur Verbreitung des falschen politischen Testaments von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1963), die Operationen gegen die USA als „Hauptfeind“ – Einmischung in die US-Präsidentenwahlen von 1964 oder die Desinformationskampagne von 1985 über AIDS als geheime biologische Waffe der USA.

Die Aufzeichnungen der geheimen Lauschangriffe der Staatssicherheit wurden 1981 in einer Desinformationskampagne in der Tschechoslowakei gegen die Exilgemeinde und ihre Vertreter (Pavel Tigrid) verwendet. Aus der Perspektive der Informationsblockade führt das Projekt Filmmaterial der tschechoslowakischen Staatssicherheit des Arbeitsplatzes ein, das geheim ist, die Postkommunikation der tschechoslowakischen Bürger kontrolliert und daraus „Abstimmungen“ für das kommunistische Politbüro usw. vorbereitet.

Das Projekt Tschechoslowakei im (Des-) Informationskrieg von 1948 bis 1989 ist Teil des tschechisch-englischen Online-Projekts communiststatesecurity.eu (ibadatelna.cz) der Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen. Weitere Projektpartner und Mitwirkende sind das Zentrum zur Dokumentation totalitärer Regime, zs und OZ Living Memory. Projektpartner in den Jahren 2014 – 2019 waren das polnische Institut für nationale Erinnerung, das slowakische Institut für das Gedächtnis, die Jan-Langoš-Stiftung, die estnische Botschaft in Prag und die Konrad-Adenauer-Stiftung. 

Albanische Propagandaschriften...

Nachdem sich zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China starke ideologische Spannungen entwickelt hatten bis hin zu den gegenseitigen Schießereien am Ussuri-Grenzfluß, gewann Peking das kleine armselige Albanien als seinen politischen Brückenkopf in Europa.

Über dessen Presseagentur ATA in Wien versandte die Propaganda-Abteilung des ZK der Partei der Arbeit in Tirana in wohl größerer Anzahl handgroße Broschüren gegen den Sowjetkommunismus an westdeutsche moskau-treue Kommunisten. Ob deren Adressen ihr von bundesdeutschen Maoisten oder gar von westlichen Stellen zugespielt wurden, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Vereinzelt wurden diese Flugschriften von Westdeutschland aus SED-Funktionären in der DDR zugeleitet, wobei als Absender angeblich oft die Adresse

nichtsahnender DKP-Funktionäre angegeben wurde.

Sicher ist, die deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana erfolgten durch ein maoistisches Studentenehepaar aus Baden-Württemberg; man sagt, es stand lange Zeit unter Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Jedenfalls waren seine genauen Wellenlängen und Sendezeiten schnell in der Bundesrepublik bekannt, und die Psychologische Kampfführung der Bundeswehr empfahl in ihren gefälschten NVA-Zeitungen den bewaffneten Organen der DDR, „im Interesse der Wahrheit“ Radio Tirana abzuhören.

Ende 1961 meldeten bundesdeutsche Zeitungen, „albanische Sportflugzeuge“ hätten westlich der nahen Zonengrenze viele Flugblätter abgeworfen, die der Wind weit in die DDR getragen hätte. Es

handelte sich dabei um eine „Sonderausgabe für die Genossen in der Deutschen Demokratischen Republik“ des „Zeri I Populit“ (des Organs des ZK der Partei der Arbeit Albaniens), die dem damaligen SED-Chef Ulbricht „brutale Verletzung der Prinzipien der Gleichheit der marxistisch-leninistischen Parteien“ vorwarf und aufforderte, daß sich die kampferprobte deutsche Arbeiterklasse in der notwendigen Auseinandersetzung nicht auf die Seite der opportunistischen Chruschtschow-Clique schlagen sollte.

In Wahrheit war es ein Produkt der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr, von dem nur ein ganz kleiner Personenkreis wußte. Erst fast 30 Jahre später, nach der Wiedervereinigung, wurden die Tatsachen bekannt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Das unselige Ende der DDR

Ein Vergleich der Blicke auf die untergegangene DDR, ihr Ende und die Folgen mit wachsendem Abstand

Von Wolfgang Templin

Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR hatte die schnelle Öffnung der Archive, hatten zeitgeschichtliche Forschungen und eine immer intensivere Erinnerungsarbeit eindeutige Befunde über den Beginn, die Entwicklung und das Ende des untergegangenen „Arbeiter-und-Bauernstaates“ erbracht. Die Breite und Tiefe gesellschaftlicher Gegenwehr in den Anfangsjahren der SBZ und der Charakter des 17. Juni 1953 als politischer Volksaufstand, der alle Regionen der DDR umfaßte, wurden immer deutlicher. Widerstand und Opposition konnten durch

Terror, Repression und nach dem Bau der Mauer durch mannigfache Unterwerfungs- und Anpassungsstrategien zeitweilig eingedämmt und zurückgedrängt werden, erloschen aber nie völlig.

Die Mär vom guten Anfang und friedlichen Ende der DDR schien widerlegt.

In den letzten Monaten der DDR hatte der Widerstand von Teilen der Bevölkerung erneut den Charakter einer spontanen, gewaltlosen Massenbewegung angenommen. Das Netz der unabhängigen und zunehmend oppositionellen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen innerhalb und außerhalb der Kirche wirkte als Katalysator in die Gesellschaft hinein. Eine ähnliche Bedeutung erlangte die künstlerische Alternativszene, die sich seit den 1970er Jahren entwickelte.

Die Träger des Regimes und die verantwortlichen Funktionäre gaben die Macht nicht freiwillig ab, sie mußte ihnen aus den Händen gewunden werden. Angesichts von Hunderttausenden Demonstranten auf den Straßen, die sich den waffenstarenden paramilitärischen Einheiten und den Panzern entgegenstellten, angesichts der klaren Haltung Michail Gorbatschows standen sie vor der Wahl, zu Massenmördern zu werden oder den Rückzug anzutreten. Ihre Furcht, zu Gefangenen der eigenen Logik zu werden, war größer.

Die Worte Erich Mielkes an die Adresse „sowjetischer Freunde“ drückten das klar aus: „Ihr werdet mit eurer Perestroika schon irgendwie klarkommen, uns wird man dafür aufhängen.“

Mielkes Worte folgten einer Logik des Umgangs mit Gegnern jeder Art, die man als Feinde rücksichtslos zu eliminieren hatte. Die Oppositionellen, Demonstranten und späteren Bürgerrechtler folgten dieser Logik nicht, selbst wenn manch klassischer Revolutionstheoretiker das förmlich von Ihnen erwartete.

Die Führungskader von SED und MfS wählten den Weg des geordneten Rückzuges und entwickelten Überlebensstrategien, welche die Phase der Runden Tische und die letzten Monate der DDR

begleiteten. Hierfür das Bild eines „friedlichen Einschlafens“ vor Augen zu haben, war absurd: Die DDR nahm kein seliges, sondern ein unseliges Ende – ihr Todeskampf war alles andere als ein erbauliches Schauspiel.

Zahlreiche Attribute klassischer Revolutionen fehlten diesem Geschehen: Barrikaden, Gewalt, sofortige Rache an den Vertretern des Ancien Régime. Dennoch



Erich Mielke: „Uns wird man dafür aufhängen.“

sollte es als gewaltlose Revolution in die Geschichte eingehen. Charakter und Ziele der Akteure, Tiefe und grundsätzlicher Charakter der eingetretenen Veränderungen berechtigten dazu. Bekannt war, von wem das Wort von der „Wende“ stammte und wer die ehemaligen Machthaber zu Friedensengeln zu stilisieren suchte. Die Flut der Memoirenliteratur von SED- und MfS-Funktionären konnte ins Reich der Legendenbildung verwiesen werden.

Um so eigenwilliger mußte es anmuten, wenn renommierte Zeithistoriker derlei Legendenbildungen Kredit gaben. In einem Beitrag für das „Neue Deutschland“ vom November 2009 kokettierte Martin Sabrow mit dem Begriff der „Wende“ und wählte die Vokabel des „Umbruchs“, um dann von „einer Revolution ohne Revolutionäre“ zu sprechen. (Martin Sabrow, Wende oder Revolution, in: Neues Deutschland vom 21.11. 2009, S. 24)

Er unterstellte der übergroßen Mehrzahl der oppositionellen Akteure, daß sie zunächst das untergehende System erhalten wollten und erst post festum umgeschwenkt seien, da es zu einer inneren Auflösung der DDR aus eigener Machtlähmung gekommen sei. Den DDR-Erhaltungswillen der Oppositionellen machten auch andere Autoren an einer positiven Verwendung des Sozialismusbegriffs in deren Aufrufen und Programmschriften fest.



Perestroika. Sowjetische Briefmarke 1988. Quelle: Andrei Sdobnikov



Godesberger Programm: Grundsatzprogramm der SPD von 1959 bis 1989.

In den Dokumenten der Initiative Frieden und Menschenrechte, als erster offener politischer Oppositionsgruppe war er nicht zu finden.

Die übergroße Mehrheit der beteiligten Gruppen und Vertreter der Demonstranten hatte sich spätestens im Oktober 1989 auf die zentrale Forderung nach freien Wahlen geeinigt und stellte damit die Machtfrage.

Die faktische Alleinherrschaft der SED wurde durch freie Wahlen gebrochen – ihr Ausgang besiegelte den Untergang des alten Systems. Wer damals und später den Sozialismusbegriff positiv verwendete und nicht gerade zur „Vereinigten Linken“ oder zu den SED-Reformkräften zählte, tat dies zumeist im Sinne eines sozialdemokratisch geprägten „demokratischen Sozialismus“.

Spätestens seit dem Godesberger Programm verstand die deutsche Sozialdemokratie unter diesem Begriff etwas völlig Konträres zur Sozialismusvorstellung kommunistischer Tradition. Politischer Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaat sowie Soziale Marktwirtschaft wurden zum unverzichtbaren Rahmen für das Vertreten und Verteidigen von Werten der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Emanzipationsströmungen erklärt.

Die tiefe Kluft zwischen dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen Verständnis des Sozialismusbegriffs beschrieb der polnische Philosoph und Exkommunist Leszek Kołakowski bereits 1976:

„Die Idee des demokratischen Sozialismus hat nichts gemein mit der apokalyptischen Hoffnung auf ein Ende der Geschichte, mit dem Glauben an die historische Unvermeidlichkeit des Sozialismus und an die natürliche Abfolge der gesellschaftlichen Formationen, mit der Lehre von der Diktatur des Proletariats, mit der Glorifizierung der Gewalt, mit dem Glauben, daß die Verstaatlichung der Industrie ein Wert an sich sei, mit den Phantasien über eine konfliktfreie Gesellschaft und eine Wirtschaft ohne Geld.“ (Leszek Kołakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. Bd. 3, München 1979, S. 573)

Es würde eine lange Debatte bedeuten, ob sich das ideelle Leitbild der modernen deutschen Sozialdemokratie nicht besser durch die Formel einer sozialen Demokratie als durch das Festhalten am zutiefst diskreditierten Sozialismusbegriff beschreiben ließe. Fakt war, daß bis in den Herbst 1989 hinein der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ innerhalb der SED als Unwort galt.

Erfolgreich okkupiert wurde er durch die Wendestrategen der SED um Gregor Gysi im Winter 1989/90. Die von ihm und Hans Modrow verhinderte Selbstauflösung der Partei, ihre Umbenennung und die damit verbundene Rettung von Geld, Kadern und Logistik, gehörte zu den bemerkenswertesten Rettungsmanövern der untergehenden DDR.

Worin – über den Sozialismusbegriff hinaus – der alles andere als begriffsscholastische Kern der Kontroverse steckte,

wurde in einem damals erschienenen Sammelband über „Erinnerungsorte der DDR“ deutlich. (Vgl. Martin Sabrow, Hrsg., Erinnerungsorte der DDR, München 2009)

Jedem gelernten DDR-Bürger, der sich mit den Übergangsphasen des realen Sozialismus und der kommunistischen Endzeitverheißung auseinandersetzte, war klar, daß die Genossen der SED Kommunisten wa-



Hans Modrow (l.) und Gregor Gysi bei der Wahlparty am 18.3.1990.



Transparent gegen „Wendehälse“ bei einer Montagsdemonstration in Dresden.

ren oder zu sein hatten. Von dieser Erfahrung zeigte sich der Herausgeber Martin Sabrow unbeeindruckt: In seiner Einleitung gelangte er zu der bemerkenswerten Feststellung, daß die Geschichte der DDR und damit auch der kommunistische Grundcharakter ihres Gesellschaftsprojekts im Unterschied zum Nationalsozialismus „keinen Zivilisationsbruch“ markiere. (Ebd., S. 15)

Wer im ideellen Kern des realkommunistischen Projektes immer noch die Werte von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität schlummern sah, verweigerte sich entscheidenden Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts. Im Kern der kommunistischen Verheißung steht der neue Mensch, nicht als Hoffnung und Utopie, sondern als politisch zu formendes Wesen. Der Weg in den künftigen Himmel ist mit größten Opfern verbunden, er kann durch die Hölle des Gulag gehen. Das historische Glück der DDR war, daß sie nur noch die Endphase dieser Hölle erlebte.

Bloße Fußnote der Geschichte

Nostalgiegeladenen und verharmlosenden Darstellungen standen Historiker, Publizisten und Politiker gegenüber, welche sich der Realität stellten. Sie verstanden die europäische und die darin eingebettete deutsche Situation der Tei-



Gedenktafel am Haus Ziegelstr. 30 (Berlin-Mitte), Zentraler Runder Tisch.

lung als Konfrontation von Diktatur und Demokratie und weigerten sich, die DDR als antifaschistischen Aufbruch zu sehen, der in den Frösten des Kalten Krieges erstarren mußte. Solche Konsequenz war häufig mit einem eng fixierten Blick auf die Diktatur, auf Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht verbunden. Nicht verstehen konnte man damit eine vierzigjährige komplexe Geschichte mit Phasen der Beruhigung, Konsolidierung und einem Alltag, der die Menschen zutiefst prägte.

Der bundesdeutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler reduzierte in seiner monumental deutsch-deutschen Geschichte die ostdeutsche Seite auf ein sowjetisches Okkupationsregime, eine „Satrapie“, die zur welthistorischen Fußnote der Geschichte eingeschnürt sei. (Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008)

Damit verkürzte er nicht nur die aktive Rolle und den Eigenanteil der deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht an der Machtübernahme, sondern das Gewicht der DDR für die Entwicklung der Bundesrepublik. Er konnte die Faszination der Jahrhundertidee Kommunismus und die Mobilisierungs- und Bindekräfte des damit verbundenen gesellschaftlichen Großexperiments nicht erklären; Bindekräfte, die nicht nur als Nostalgie und Phantom-

schmerz über den Untergang der DDR hinausreichen.

Eine Gesellschafts- und Alltagsgeschichte des zweiten deutschen Staates, die man bei Wehler vermißte, mußte nichts von dessen Unterdrückungscharakter relativieren. Sie konnte die „heile Welt der Diktatur“ nach all ihren Seiten ausleuchten, ihre hellen und dunklen Seiten zeigen.

Jüngere Zeithistoriker ostdeutscher Sozialisation wie etwa Ilko-Sascha Kowalczuk oder Stefan Wolle nahmen sich dieser Aufgabe an: Kowalczuk mit seinen Arbeiten zur Vorgeschichte und Geschichte der friedlichen Revolution (Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009) und Wolle mit seinen farbigen Alltagsschilderungen aller Jahrzehnte des zweiten deutschen Staates. (Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998)

Sie lieferten damit entscheidende Befunde für eine realistische Bestandsaufnahme, dreißig Jahre nach dem Ende der DDR. Zugleich verhalfen sie zu einem schärferen Blick auf die Untergangphase des selbsternannten Arbeiter-und-Bauernstaates.

Zwischen einer, trotz Niedergang und Perestroika-Signalen aus Moskau, weiter funktionierenden Herrschaftselite und einer übergroßen Bevölkerungsmehrheit, die bis zum vorletzten Moment stillhielt, war die Opposition zur absoluten Minorität verurteilt. In den Höhepunkten des Herbstes 1989 wuchs ihr kurzfristig eine Bedeutung zu, die sie im schnellen Vereinigungsprozeß, den andere Kräfte bestimmten, schnell wieder mit der Randsituation einer Minorität vertauschte. Was gültig blieb, waren zahlreiche ihrer Einsichten und Ziele.

Eine unvollendete Revolution

Die Runden Tische, vor allem der Zentrale Runde Tisch in Ostberlin, waren notwendig, um den friedlichen Charakter des Übergangs zu sichern. Eine Illusion war es, ihn zu einer neuen Form von Politik zu erklären, welche die Frage der Macht als Kern politischen Handelns ausblendete, förmlich auflöste.

Als politische Amateure saßen die DDR-Oppositionellen und ihre Verbündeten dort professionellen Akteuren gegenüber, die sie über den Runden Tisch zu ziehen suchten. Nicht ohne Erfolg. Die Vertreter der umbenannten SED, der Blockparteien

und gleichgeschalteten Massenorganisationen gaben sich reformwillig und geläutert, machten den „Helden des Widerstandes“ alle nur denkbaren Avancen. Sie boten in Gestalt Modrows die fiktive Beteiligung an der untergehenden Staatsmacht an oder flüchteten sich als Blockparteien schnell in die Arme der etablierten bundesdeutschen Parteien, die im Hintergrund agierten.

Diese wollten mit unterschiedlichen parteipolitischen Interessen den gesellschaftlichen und sozialen Status quo der alten Bundesrepublik erhalten. Ein Status, von dem die Bürger der maroden und zugrunde gewirtschafteten DDR nur träumen konnten.

Während am Runden Tisch immer neue Formen außerparlamentarischer Verständigung gesucht wurden, Idealisten und Visionäre Hochkonjunktur hatten, das Projekt einer neuen Verfassung in Arbeit war, brachten sich die Parteien für den Wahlkampf in Stellung. Die Ergebnisse der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 schienen ihnen Recht zu geben.

Viele Beteiligte und Beobachter stellten die Vertreter der Bürgerbewegung Bündnis 90 als politische Träumer und Romantiker hin. Für ihre Illusionen mußten diese hartes Lehrgeld bezahlen.

Ihr Appell an die Bürger der untergehenden DDR, einen aufrechten, selbstbewußten Weg in die deutsche Einheit zu suchen, sich den Lasten der Diktaturvergangenheit zu stellen, eigene Lösungen zu finden und nicht einfach zum schnellen Teil bundesdeutscher Normalität zu werden, hatte jedoch einen Realismus, den die professionellen Politiker vermischen ließen.

Dreißig Jahre später zeigt sich das überdeutlich. Krise und Niedergang der großen Volksparteien, der Erfolgsweg der bundesdeutschen Grünen, in welche die Innovationskräfte von Bündnis 90 eingingen, hängen auf das Engste mit den Spätfolgen, Verwerfungen und ungelösten Problemen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses zusammen. Eines Prozesses, der von Beginn an immer europäische Dimension hatte. Optimisten sehen in dieser Krise eine Chance, verweisen auf die Stabilität der deutschen Demokratie. Alarmieren muß nur, daß es ausgerechnet der AfD gelingt, sich in dieser Krise, mit eigenen toxischen Botschaften, zum wahren Sachwalter des Ostens zu erklären.

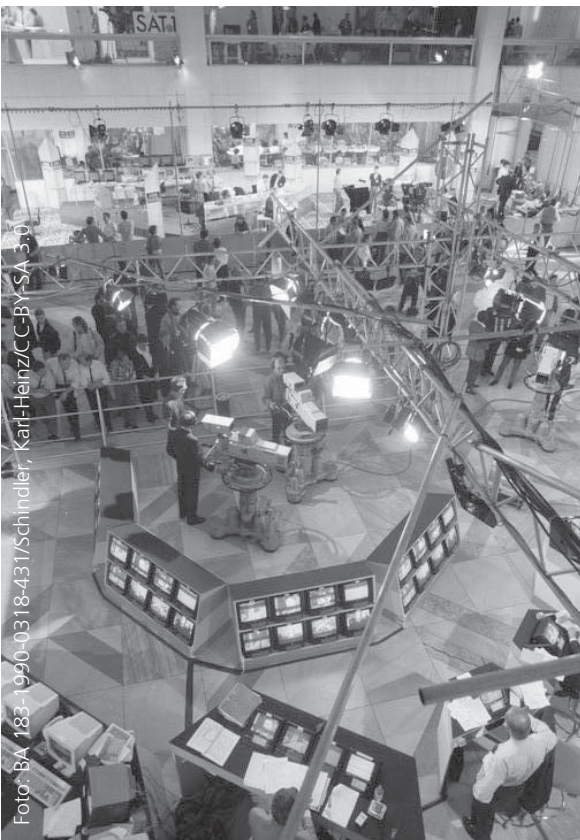


Foto: BA 183-1990-0318-431/Schindler, Karl-Heinz/C-C-BY-SA 3.0

Wahlstudio im Palast der Republik zur Volkskammerwahl 1990.



Versuche oder gezielte Schädigung?

Mit diesem Text möchte ich dazu aufrufen, bestimmte Erlebnisse ehemaliger politischer Häftlinge in damaligen DDR-Gefängnissen wieder wachzurufen, sie nicht zu vergessen oder überhaupt erst einmal bekannt zu machen! Zu den bevorstehenden Feierlichkeiten der Wiedervereinigung kann man nicht oft genug betonen, wie jämmerlich und erbärmlich ein Staat war, der so etwas nötig hatte.

1983 habe ich durch eine mißglückte Republikflucht an der ungarisch/österreichischen Grenze bei Sopron mit meinem Freund unter anderem ca. sechs Monate in der Stasi-U-Haft Berlin-Hohenschönhausen eingesessen. Obwohl wir weder gewaltbereit waren noch Werkzeug zur Flucht bei uns führten, wurde ich zu 16 Monaten DDR-Knast verurteilt, was später in Westdeutschland annulliert worden ist. Davon habe ich dank des Freikaufs nach Westdeutschland „nur“ 14 Monate verbüßen müssen.

Die Methoden und Bedingungen, die in diesen Einrichtungen vorherrschten, kennen all jene, die sie von innen kennenlernen mußten. Das ist mit Sicherheit niemandem von uns bekommen. Die Frage ist jedoch, warum haben sich, kurz vor dem Ende der Haftzeit beginnend, bei mir massive gesundheitliche Schäden mit Langzeit- bzw. Spätfolgen ergeben, welche bis heute anhalten? Als Sportler und kerngesunder Mensch kam ich in den DDR-Knast. Als körperlich labiler und zerbrechlicher Mensch kam ich wieder heraus. Mein Immunsystem hat sich nicht mehr erholt, bis vor kurzem nicht. Fast 25 Jahre lang und bis heute habe ich mein vorheriges gesundheitliches Gleichgewicht nicht wieder voll zurück-erlangen können und leide noch immer an verschiedenen Symptomen und Krankheitsbildern!

Mit stark geschwollenen Lymphknoten am Hals, blasser fahler Haut, ständig großem Hitze- und Durstgefühl, äußerst starken Zahn- und Kopfschmerzen, mit totaler Immunschwäche/Immundepression, ich konnte nicht mehr aus dem Bett aufstehen, mit Energielosigkeit und einem sehr schlechten Stoffwechsel habe ich meine Zeit bis dato gefristet.

Viele Jahre nach dieser Knastzeit habe ich mich schwer vergiftet gefühlt. Und weil ich mich so fühlte, gehe ich davon aus, daß ich es auch war oder noch immer bin.

Doch was war es und von wem wurde es wie ausgelöst? Das ist hier meine Frage.

Natürlich gab es konkrete Erlebnisse, von denen ich wußte, daß sie mir nicht gut bekommen sind! Wie zum Beispiel, daß die Heizung in der Haftzelle vom Stasi-Knast Hohenschönhausen mit großer Hitze voll aufgedreht war, Tag und Nacht, ca. 27 bis 28 Grad und in Kopfnähe beim Liegen in Richtung Heizung immer ca. 30 Grad. Man konnte sie natürlich auch niemals ausdrehen, selbst wenn draußen schon genug Hitze war, und das „Fenster“ aus Glasbausteinen, nur mit einem kleinen, tief in der Wand liegenden Luftschlitz versehen, ließ sich ebenso wenig öffnen. Damit kam keinerlei Frischluft in die miefigen Haftlöcher, und das fast vier Monate lang! Und dann bin ich auch noch mit einem extrem starken Kettenraucher zusammengelegt worden, der angeblich ein Westberliner war und mindesten drei Schachteln Zigaretten rund um die Uhr in dieser winzigen Haftzelle vor mir und mitten in mein Gesicht gepustet hat. Dadurch bekam ich schlimmsten Haarausfall mit katastrophaler Schuppenbildung, und diesen Haarausfall konnte ich bis heute nicht wieder rückgängig machen.

Eine Hölle für mich, als gesundheitsbewußter und freiheitsliebender Mensch. „Stille Folter“ habe ich diese Methoden damals genannt, nicht sichtbar, nicht nachweisbar, zerstörerisch und wirkungsvoll fast wie andere Zersetzungsmaßnahmen. Oder daß mich mein Vernehmer ständig anschrie und einschüchterte, was mir alles passieren werde, wenn ich nicht den Ausreiseartrag zurückziehe und zugebe, daß meine Mutter und mein Bruder usw. von allem gewußt hätten und daß diese sonst auch noch sehr großen Ärger bekommen würden. Oder daß sie meiner Mutter und Familie mindestens für drei Monate verschwiegen hatten, wo ich überhaupt bin. Und wenn ich doch mal in den Westen kommen sollte, daß sie mich „drüben“ sowieso nicht aus den Augen verlieren würden und mich weiterhin beobachteten und mein Weg sowieso niemals glorreich enden werde, was sie mir jetzt schon versichern könnten usw.

Später mußte ich erfahren, daß dieses Pack auch bei meiner Familie ihr Unwesen getrieben hatte, mit ihren widerlichen Befragungen, Vernehmungen, Einschüchterungen, Androhungen, und das alles leider auch nicht, ohne Langzeitfolgen

hinterlassen zu haben. Oder später im berühmten Naumburger Schwerverbrecher-Strafgefängnisvollzug (mit politischen Häftlingen) in einer 30-Mann-Zelle: Als ich dort einmal 40 Grad Fieber bekam, weil ich meine Lunge wieder einmal zu schwer beanspruchen mußte über einem Schwefelsäurebecken einer Metallgalvanisierungsanlage, in der ich Monate zu arbeiten hatte, mußte ich auf die Intensivstation des Naumburger Knastes gebracht werden. Nachdem ich wegen eines eitrigen Backenzahns eine Wurzelbehandlung bekam, sagte mir einige Jahre später in Westdeutschland ein Zahnarzt bei der Versorgung genau dieses Zahnes, daß in ihm ein abgebrochener Zahnbohrer zurückgelassen worden sei.

All diese Erlebnisse konnten sicher vieles in mir angerichtet haben, aber Spätfolgen, wie oben beschrieben, dürften solche Erlebnisse dennoch nicht ausgelöst haben. Was aber war es dann, was mich nach dem Knast fast 30 Jahre lang krank und fertig gemacht hat? Könnte dieser Zahnbohrer zum Beispiel mit Absicht von dem damaligen Knast-Zahnarzt in Naumburg vergessen oder hineingetan worden sein, eventuell versehen mit Viren oder bakteriell verseucht oder verstrahlt oder mit anderem Unrat, um Langzeitfolgen zu studieren oder die jeweilige Person für ihre unverflorene DDR-Abtrünnigkeit für immer zu strafen? Fragen, die ich bis heute nicht beantworten kann. Und Fragen, ob es wohl vielen anderen ähnlich erging wie mir, und viele von ihnen vielleicht deshalb auch schon nicht mehr leben, oder sie leiden siechend und unbeobachtet allein vor sich hin, wie ich in all diesen Jahren.

Mein Aufruf geht an alle Leidensgenossen, die Unerklärliches in den Folgejahren nach ihrem DDR-Knastaufenthalt an sich beobachten mußten und jetzt endlich ebenso darüber berichten möchten wie ich: berndbrenzel@gmx.de

Bernd Brenzel

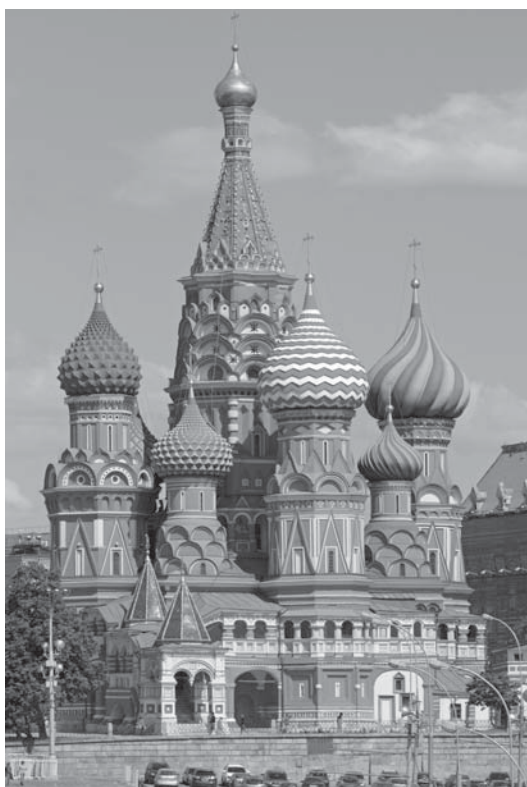
Zeitzeuge gesucht!

Für eine Sendung in der MDR-Reihe „Der Osten - entdecke, wo du lebst“ zum Thema „Ferropolis - die Stadt aus Eisen“ suche ich einen Zeitzeugen, der im ehemaligen Tagebau Gölpa Nord Zwangsarbeit leisten mußte und von seinen Erfahrungen erzählen möchte. Da es ein wichtiges, bisher wenig beachtetes und der jüngeren Öffentlichkeit wenig bekanntes Thema ist, würde ich mich sehr freuen, wenn sich jemand für ein unverbindliches Gespräch meldet.

Kontakt: Petra Bertram, Tel. 0171 – 413 17 87

Armlos, harmlos und trotzdem gefährlich?

Am 24. April 1980 wurde meine Frau Dorothea 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß wollten wir gemeinsam mit ihren Eltern in Moskau ein paar schöne Tage verbringen. Reisen in die Sowjetunion waren in der DDR meist sehr preiswert, wobei die Unterbringung fast immer gut bis sehr gut war. Tatsächlich erhielten wir – kurz vor der Eröffnung der Olympischen Spiele – im



Basilikus-Kathedrale in Moskau am südlichen Ende des Roten Platzes.

neu erbauten Hotel „Kosmos“ in der Nähe des Fernsehturms in Ostankino eine sehr schöne Unterkunft, konnten im Kreml die hervorragend ausgestattete Schatzkammer besuchen und in der sowjetischen Metropole zahlreiche orthodoxe Kirchen sowie eine Allunionsausstellung besichtigen.

Während der Rückfahrt in der attraktiven Moskauer U-Bahn trafen wir auf einen ca. 65 Jahre alten russischen Rentner, dem der rechte Arm fehlte. Mein damals 59jähriger Schwiegervater hatte während eines Gefechts in den Höhen des Kaukasus seinen linken Arm verloren. In der Mitte armlos, saßen sie, Schulter an Schulter, dicht beieinander und unterhielten sich – jeder in seiner Muttersprache – über den Zweiten Weltkrieg und das Unglück, das er ihnen persönlich gebracht hatte. Ich bemühte mich, etwas holprig, zu dolmetschen. Der Russe hatte in der Nähe Berlins – offenbar im Oderbruch – 1945 seinen Arm verloren. Beide

waren sich darin einig, daß der Krieg das Allerdümmste war, was beiden Nationen je widerfahren konnte. Das Gespräch war eindeutig pazifistisch, freundlich und politisch völlig harmlos.

Zwei Stationen weiter wurde der sowjetische Kriegsveteran abrupt von einem hinzugekommenen Vertreter der Miliz gezielt aus dem Wagen der Metro gezerrt und ziemlich rüde behandelt, so daß er nach mehreren unsanften Stößen in den Rücken stolperte und auf dem Bahnsteig beinahe hinfiel. Irgend jemand hatte ihn offenbar bereits nach der ersten gemeinsamen Metrostation telefonisch denunziert.

Das brutale Verhalten des Polizisten verschlug uns vier Touristen aus der damaligen, mit der Sowjetunion eng befreundeten DDR, buchstäblich die Sprache. Bevor ich die kurze Schrecksituation überwunden hatte und in der mir fremden Sprache laut etwas sagen konnte, hatte der extrem unfreundliche Milizionär mit dem Veteranen das Abteil bereits verlassen. Wir vier Ausländer wurden von ihm keines Blickes gewürdigt. Möglicherweise hielt er uns sogar für Westdeutsche.

In dem ziemlich großen Raum, vollbesetzt mit vermutlich 14 bis 16 sich gegenüber-sitzenden Fahrgästen, herrschte eine eisige Stille. Niemand protestierte auch nur ansatzweise gegen diese unmenschliche Behandlung des Kriegsversehrten durch einen uniformierten Vertreter seiner eigenen Staatsmacht. War das Schweigen ein instinktiver, gerechtfertigter Selbstschutz gegen die Partei-Diktatur? Empfanden die Passagiere die Situation als normal oder absurd? Auch nach dem Ausstieg des großen Polizisten mit dem von ihm unflätig

beschimpften Einarmigen sagte niemand ein Wort. Alle erstarrten in Angst.

Was später aus dem Veteranen geworden ist, haben wir natürlich nie erfahren. Mir taten die extrem schweigsamen Sowjetbürger mit ihrem unsichtbaren Maulkorb wirklich leid. Wir erkannten sehr schnell, daß es sich bei der Sowjetunion – unserem angeblichen großen Vorbild – um einen Polizeistaat übelster Sorte handelte.

War das der gepriesene Staat der Arbeiter und Bauern? Unser angebliches Ideal? Vielleicht sogar unsere damals gepriesene sozialistische Zukunft? Niemals! Sie wäre wirklich schrecklich gewesen. Erfreulicherweise hat uns der 9. November 1989 ein wesentlich schöneres Idealbild beschert. Wir Deutschen hatten ein Riesenglück, denn ein Bürgerkrieg blieb uns erspart, Gott sei Dank!

Offenbar war den Sowjetbürgern selbst zu Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein Gespräch mit Ausländern nicht erlaubt oder sogar streng verboten. Das Verhalten des brutalen Polizisten entsprach 1980 sicher der in der Sowjetunion gängigen Norm, war also vor 40 Jahren in Moskau völlig „normal“. Uns vier Touristen, die von ihrer keineswegs zimperlichen Staatsmacht auch nicht gerade verwöhnt wurden, erschien es hingegen mehr als merkwürdig, völlig anomal, einfach absurd. Schon damals.

Heinz Schneider

(Erstmalig in gering veränderter Form erschienen in „Die Normalität des Absurden“ v. Heinz Schneider, Spiegelberg-Verlag Fahrwangen, 2011)



Moskauer Metrostation Komsomolskaja.

Gedenken an Arno Esch

Am 6. Februar 2020 gedachten die Universität Rostock und der Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) des ehemaligen Rostocker Studenten Arno Esch.

Esch, der am 6. Februar 1928 geboren wurde, studierte ab 1946 an der Rostocker Universität zunächst Politische Wissenschaften und dann Jura. 1946 trat Esch der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) bei. Er engagierte sich für den demokratischen Rechtsstaat, setzte sich für Bürgerrechte, Gewaltenteilung und die Abschaffung der Todesstrafe ein. Öffentlich wandte er sich gegen die Vormachtstellung der SED und gegen die Gleichschaltung der LDP als Blockpartei. Im Oktober 1949 wurde Esch zusammen mit zwölf weiteren LDP-Mitgliedern von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und vor das Sowjetische Militärtribunal in Schwerin gestellt. Er wurde u. a. wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten“ und „antisowjetischer Propaganda“ am 20. April 1950 zum Tode verurteilt und am 24. Juni 1951 in Moskau hingerichtet.

Während der Gedenkveranstaltung erinnerte Dr. Peter Uebachs vom VERS an Arno Esch und verlas die Namen der zum Tode Verurteilten und in Rußland Hingerichteten. An der Gedenktafel für den liberalen Studenten vor dem Arno-Esch-Hörsaal der Universität legte Uebachs ein Blumengebilde nieder. Fred Mrotzek, Historiker der Universität Rostock, würdigte den Mut Arno Eschs und der mit ihm Verurteilten: „Im Angesicht des Todes wieselte keiner um Gnade.“

„Arno Esch war ein überzeugter Pazifist und Verfechter liberaler Ideen. Die Freiheit des Individuums legte er seinem politischen Denken zugrunde. Er erkannte die Gefahr einer neuen Diktatur, was er auch öffentlich zur Sprache brachte. Dafür mußte er mit seinem Leben bezahlen. Mit hohem Respekt vor der Lei-

stung dieses mutigen Studenten wollen wir Arno Esch ein ehrendes Gedenken bewahren“, so der Rektor der Universität Rostock, Professor Wolfgang Schareck, in einer Pressemeldung.

Jörg Plath



Gedenken gemeinsam des aufrechten Studenten Arno Esch: (v.l.) Dr. Michael Vogt, Prof. Günther Wildenhain, Dr. Fred Mrotzek, Prof. Kersten Krüger und Dr. Peter Uebachs.

Längst keine Demokratie mehr

Die Prager Platform of European Memory and Conscience – PEMC (Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas) hielt ihre jährliche Mitgliederversammlung 2019 in Tirana ab (vom 3. bis 6. November). Von den 62 privaten und öffentlichen Mitgliedsverbänden der Plattform waren ca. 30 angereist, um sich in einem zweieinhalbtägigen Programm über den Stand der Aufarbeitung in Europa und insbesondere in Albanien auszutauschen, interne Angelegenheiten der PEMC zu besprechen und einen Eindruck von den Hinterlassenschaften des Kommunismus in Albanien zu gewinnen.

Die albanische Mitgliedsorganisation der PEMC, das Institute for Democracy, Media and Culture (IDMC), hatte den Kongreß einschließlich des Rahmenprogramms sehr sorgfältig vorbereitet. Am ersten Tag des Kongresses tauschten sich die Teilnehmer über politische Aspekte der Erinnerungsarbeit in Albanien und Europa aus, referierten der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tirana, Dr. Tobias Rüttershoff, und die Leiterin des IDMC, Dr. Jonila Godole, über ihre Erfahrungen bei der Aufarbeitung des Kommunismus in Albanien und besprachen die Mitglieder der PEMC in-

terne Angelegenheiten. Dazu gehörten insbesondere die Aussprache über den Jahresbericht 2018, die Aufnahme von neuen Mitgliedern der Plattform, die routinemäßige Wahl des Präsidenten und des Executive Boards der Plattform (Präsident Lukasz Kaminski, Polen, und die Mitglieder des Executive Boards, einschließlich des Verfassers, wurden wieder gewählt, wobei dieses Aufsichtsgremium von vier auf sechs Personen erweitert wurde) sowie Satzungsänderungen.

Bei einem Gespräch mit Abgeordneten im Parlament von Albanien am nächsten Tag erfuhren die anwesenden Vertreter der PEMC, daß alle Parteien außer der Partei der regierenden sozialistischen Partei (PS) das Parlament verlassen haben, nur einzelne Mitglieder anderer Parteien hätten sich den Beschlüssen ihrer Partei widersetzt und seien noch im Parlament verblieben, dort allerdings ohne Einfluß! Dementsprechend wunderte es nicht, daß von vielen albanischen Gesprächspartnern geäußert wurde, das Land sei längst keine Demokratie mehr. Der bei Beginn der Reise bei mir

bestehende Eindruck, daß der Kommunismus in Europa, wenn man die Sowjetunion einmal wegläßt, in Albanien am schlimmsten gewütet hat, hat sich durch diesen Besuch bestätigt. Besonders beeindruckend war der Folterkeller im „House of Leaves“, einem früheren Gebäude des Staatssicherheitsdienstes, das jetzt Museum ist. Dort versuchte man u. a., Geständnisse mit Elektroschocks zu erreichen.

Das Rahmenprogramm des Kongresses hat meine Kollegin Sybille Krägel so trefflich beschrieben, daß ich nur auf ihren Beitrag (Ausgabe 1/2020, S. 12) verweisen kann.

Wolfgang Christian Fuchs



Darstellung verschiedener Foltermethoden im „House of Leaves“.

Stalins Kulturpolitik

Am 3. Februar 1938 ließ Stalin sämtliche Mitglieder des lettischen Theaters in Moskau „Skatuve“ im Zuge der „Lettischen Aktion“ des NKWD erschießen. Nicht nur die Schauspieler und Regisseure wurden hingerichtet, sondern auch der Portier, der Sekretär, der Bühnenmeister – schlicht alle, die mit dem Theater beruflich verbunden waren. Namentlich sind 22 369 Verurteilungen von Letten bekannt, von denen 16 573 bzw. 74 Prozent erschossen wurden.

Verschiedene Schätzungen gehen von 73 000 lettischen Todesopfern aus. (Wikipedia) Unter den Opfern auch Marija Leiko, die große Schauspielerin des expressionistischen Stummfilms, die nach der Machtergreifung der NSDAP zurück

nach Riga ging. (<https://timenote.info/en/events/Communist-genocides-All-the-actors-editors-and-workers-of-Latvian-theatre-in-Moscow-Skatuveshot-this-day>)

vian-theatre-in-Moscow-Skatuveshot-this-day)

Christian Dietrich



Mitglieder des lettischen Theaters „Skatuve“.

Quelle: timenote.info

Dokumentationsstelle Dresden erforscht SMT-Urteile in Dresden 1945–1955

(dsd)Die Dokumentationsstelle Dresden wird in Kooperation mit den Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden in den kommenden drei Jahren Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) gegen Deutsche in Dresden erforschen. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat hierfür zum Jahresende 2019 eine Förderung in Höhe von bis zu 77 000 Euro bewilligt. Zusammen mit der Förderung durch den Freistaat Sachsen und Spenden stehen damit Mittel von bis zu 200 000 Euro für das Projekt zur Verfügung. Das Projekt strebt die möglichst vollständige Erfassung und Dokumentation aller SMT-Verurteilten in Dresden an. Bereits während der Projektlaufzeit sollen wichtige Personendaten auf der Website der Stiftung Sächsische Ge-

denkstätten veröffentlicht werden. Die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse werden für die Forschung, für Angehörige und für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit von Gedenkstätten von Nutzen sein. Die Gesamtzahl der von SMT in der sowjetischen Besatzungszone verurteilten deutschen Zivilisten beträgt nach Angaben der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation zwischen 35 000 und 40 000 Personen. Sie standen unter anderem wegen der Beteiligung an NS- und Kriegsverbrechen, wegen „antisowjetischer Propaganda“, wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Spionage für westliche Geheimdienste, wegen angeblicher Zugehörigkeit zu Untergrundorganisationen, wegen Waffenbesitz oder wegen krimineller Delikte vor Gericht. Zu mindestens 10 000 Ver-

urteilten von ihnen gibt es nach wie vor keinerlei Hinweise auf die Urteilsgründe.

Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden sowie des Projektes, schätzt die Zahl der in Dresden von sowjetischen Militärtribunale Verurteilten auf 2500 bis 3000 Menschen und meint: „Wir freuen uns sehr über Förderzusage. Das Projekt ermöglicht es uns, auch neue Quellen in russischen Archiven zu erschließen.“ Die Dokumentationsstelle hilft, die Verfolgungsgeschichte und den Verbleib von Menschen zu klären, die während der nationalsozialistischen Diktatur oder der kommunistischen Gewaltherrschaft in der SBZ/DDR ihrer Freiheit oder ihres Lebens beraubt worden sind.

Kontakt: Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden/Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Tel. (03 51) 469 55 48, bert.pampel@stsg.de, www.dokst.de

Wichtig für die Rente

Haft wird jetzt als Kindererziehungszeit nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz anerkannt

Mit der durch das RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz vom 28. November 2018 erfolgten Änderung des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes ist ein Ausgleich von rentenrechtlichen Nachteilen ermöglicht worden, wenn Kinder wegen einer aus rechtsstaatswidrigen Gründen zu Unrecht erlittenen Haft in der ehemaligen DDR nicht erzogen werden konnten. Nach dem neu eingeführten § 11 a des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Kindererziehungszeiten) wird nunmehr Kindererziehung bei der Ermittlung des rentenrechtlichen Nachteilsausgleichs auch dann berücksichtigt, wenn sie infolge einer rechtsstaatswidrigen Haft tatsächlich nicht ausgeübt werden konnte. (Deutscher Bundestag,

Drucksache 19/12086, S. 3). Wird die berufliche Rehabilitierung für die Haftzeit beantragt, ist zusätzlich auch die Anerkennung nach § 11 a des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) zu beantragen.

Liegt die berufliche Rehabilitierung für die Haftzeit schon vor, bitte nachträglich noch einen Antrag auf Anerkennung nach § 11 a BerRehaG stellen und im Anschluß die Bescheinigung der Rentenversicherung zukommen lassen.

Carola Schulze

Beratungstage 2020 in Niedersachsen

Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes. Um möglichst viele Betroffene ortsnah über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 61 – alljährlich Beratungstage für Betroffene von SED-Unrecht vor Ort.

Die Beratungen werden von Fachleuten aus Sachsen-Anhalt durchgeführt und von Vertretern des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Die diesjährigen Beratungstage finden statt am **Dienstag, 12. Mai 2020, 10.00 bis 15.00 Uhr**
Landkreis Northeim, Kreishaus

Mendenheimer Straße 6/8
37154 **Northeim**

und

**Dienstag, 15. September 2020,
10.00 bis 15.00 Uhr**

Landkreis Nienburg/Weser, Kreishaus
Kreishaus am Schloßplatz
31582 **Nienburg**

Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere:

- zu Unrecht Inhaftierte,
- Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes,
- Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren,
- Betroffene, die Eingriffe in Eigentum und Vermögen erlitten,

- Verschleppte und deren Angehörige sowie Hinterbliebene und Angehörige von Opfern.

Es können Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Weiterhin erfolgt eine Beratung zu:

- Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation),
- monatlicher Zuwendung („Opferrente“),
- Kinderheimen,
- Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung.

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Beratungsräume sind barrierefrei erreichbar.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport


Aufruf

Tribunal – Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft, vom 11. bis 13. September 2020 im ehemaligen Zuchthaus Cottbus

Gesucht werden ehemalige politische Häftlinge, die in der DDR Zwangsarbeit leisten mußten. Bei dem Tribunal im September ist vorgesehen, daß ehemalige politische Häftlinge, die zu Zwangsarbeit

verpflichtet bzw. während ihrer Haftzeit menschenunwürdig ausgebeutet wurden, vor einem internationalen Gremium aussagen sollen, wie sich ihre Haftzwangsarbeit gestaltet hat. Ziel der Veranstaltung


ist es, von diesem internationalen Gremium eine Bewertung zu bekommen, ob die Merkmale von Zwangsarbeit und Ausbeutung in politischer Haft gegeben sind.

Dazu werden aussagebereite ehemalige politische Häftlinge – Zwangsarbeiter gesucht. Bei Interesse bitte melden bei der UOKG, Benjamin Baumgart, Tel. (030) 55 77 96 20, E-Mail tribunalcottbus@uokg.de 

Neues Infomobil an der East Side Gallery


Seit dem 23. Januar steht an der East Side Gallery in Berlin das neue Infomobil der Stiftung Berliner Mauer. Es ist jeden Tag geöffnet; wochentags von 11 bis 16 Uhr und am Wochenende von 11 bis 17 Uhr. Es soll Interessierten und Touristen mehr Orientierung geben. Der mobile Informationsstand befindet sich im East Side Park auf der Spreeseite der East Side Gallery in unmittelbarer Nähe zur Oberbaumbrücke. Im Infomobil erhalten Interessierte Flyer und Auskunft zur Geschichte der East Side Gallery und den ehemaligen Grenzanlagen und können sich über das Gelände und die Führungsangebote vor Ort informieren. Das Infomobil wird von der Stiftung Berliner Mauer betrieben und dient als Startpunkt für die Führungen an der East Side Gallery. Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, betonte: „Dank des neuen

Infomobils ist unser Angebot an der East Side Gallery sichtbarer und wir sind vor Ort ansprechbar. Wir arbeiten daran, die East Side Gallery weiter als Bildungs- und Erinnerungsort auszubauen.“ Das als East Side Gallery berühmt gewordene Teilstück der Berliner Mauer wurde im November 2018 vom Land Berlin an die

Stiftung Berliner Mauer übertragen. Zum Bildungsprogramm gehören verschiedene Führungen. Ab sofort gibt es neben den öffentlichen Führungen am Wochenende an jedem letzten Donnerstag im Monat eine Afterwork-Führung zu Geschichte und Kunst an der East Side Gallery in Deutsch und Englisch. 

Tost 2020 – 75 Jahre Kriegsende

1989 im Mai hatte die Führung der SED durch gefälschte Wahlen ihr Volk quasi auf die Zinne getrieben – das Maß war voll! Das Volk rebellierte, ging auf die Straße. Tausende flüchteten noch im Laufe des Jahres. Im November war der „Antifaschistische Schutzwall“ endlich bezwungen. Somit bekam der seltsame Spruch des Walter Ulbricht „Überholen ohne einzu-

holen“ seinen Sinn: die DDR war jetzt überholt, jetzt war sie Geschichte. Fast gleichzeitig ging in ganz Europa der Kommunismus/Sozialismus in die Knie, weil wirtschaftlich und moralisch am Ende. – In der Noch-DDR stürmte das Volk die Stasi-Archive, um gerade noch rechtzeitig weitere Aktenvernichtung zu verhindern. Die Shreddermaschinen glühten bereits. 



Gedenkstätte Tost – Sybille Krägel im Gespräch mit zwei aus USA angereisten Enkelinnen 2019.

Die Akten des NKWD-Lagers Tost in Oberschlesien lagen nicht bei der Stasi, sondern in Omsk/S.U. Noch gab es keine Möglichkeit zu erfahren, was aus den 1945 vom NKWD verhafteten und nach Tost/Oberschlesien deportierten Menschen geworden war. Inzwischen arbeite ich seit 30 Jahre dieses Lager auf. Die Deutsche Minderheit von Tost/Toszek bereitet für den Mai 2020 eine Gedenkfeier zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren vor. Wir – aus Deutschland – sind teilnehmende Partner. Die Veranstaltung beginnt und endet in Dresden, 22. bis 24. Mai 2020 mit der Busfahrt.

Kosten: Einzelzimmer € 155,00 p.P., Doppelzimmer € 175,00 für zwei Übernachtungen in Kattowitz, inklusive zwei Mittagessen in Tost, Rundfahrt zu Lager-Orten wie u.a. Zgoda, wo Schlesier inhaftiert waren, Besuch unserer Gedenkstätte und des ehemaligen „Gefängnisses/Lager“, Ökumenischer Gottesdienst.

Als besonderen Abschluß werden wir diesmal Auschwitz-Birkenau besuchen. Der frühere Bürgermeister von Auschwitz/Oświęcim, Janusz Marszałek, wird uns dabei begleiten. Darüber hinaus werden gern auch Spenden für die Gedenkstättenpflege angenommen. Für Fahrt und Veranstaltung erhalten wir dankenswerterweise finanzielle Unterstützung vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie vom Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Sächsischen Staatsministerium des Inneren, Dr. J. Baumann.

Auskunft und Anmeldung bei: Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail kraegel@uokg.de

Einladung

zur Jahresgedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Die Jahresgedenkveranstaltung findet am 25. April 2020 aus Anlaß des 75. Jahrestages des Endes des Krieges und damit der Schließung des Kriegsgefangenenlagers und der Neueröffnung des Speziallagers Nr. 9 des sowjetischen Geheimdienstes NKWD statt.

Ort: Hochschule Neubrandenburg und Mahn- und Gedenkstätte

Programm

- Gedenkveranstaltung am 25. April 2020 in der Mensa der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2
 - Einlaß ab 8.30 Uhr, ab 9.30 Uhr Imbißversorgung
 - 10.00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Dr. Rita Lüdtkke
 - Kulturprogramm, gestaltet von Jugendlichen der Tanzaktion Neubrandenburg und Schülern des Albert-Einstein-Gymnasiums
 - Filmvorführung: Die Filmfirma „videomagic“ präsentiert uns den neu erstellten Film „Schweigen ist Gold“ – Lager Fünfeichen – Erinnerungen
 - Grußworte
 - Hinweise und Informationen von Dr. Rita Lüdtkke
 - Mittagsversorgung ca. 12.00 Uhr
- Gedenkfeier am 25. April 2020 in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen
 - 14.00 Uhr: Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung (Heeres-

musikkorps Neubrandenburg) auf dem Gräberfeld der verstorbenen Kriegsgefangenen (Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal)

- Glockengeläut begleitet uns anschließend auf dem Weg zum südlichen Gräberfeld der verstorbenen Internierten des Speziallagers Nr. 9.
 - Ca. 14.30 Uhr: Musikalische Eröffnung durch das Heeresmusikkorps Neubrandenburg
 - Begrüßung: Dr. Rita Lüdtkke
 - Gedenkansprache: General a.D. Hans-Peter von Kirchbach
 - Rezitationen: Schüler des Lessing-gymnasiums Neubrandenburg
 - Musikstück: Heeresmusikkorps Neubrandenburg
 - Ökumenische Andacht: Pfarrer Jörg Albrecht von der evangelischen Kirche und Gemeindefereferent Ronald Stamm von der katholischen Kirche
 - Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung (Heeresmusikkorps Neubrandenburg)
 - Schlußwort: Dr. Rita Lüdtkke
 - Ca. 15.30 Uhr: Beginn des organisierten Rundgangs durch das ehemalige Lagergelände in Begleitung des Filmteams „videomagic“
- Schriftliche Anmeldung bis zum 10. April 2020 bei: Dr. Rita Lüdtkke, Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Hopfenstraße 5a, 17034 Neubrandenburg
- Teilnahme mit wieviel Personen an der Gedenkveranstaltung in der Hochschule Neubrandenburg, Teilnahme mit wieviel Personen an der Gedenkfeier in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen, Teilnahme mit wieviel Personen am Rundgang durch das ehemalige Lager?

„Schattenspiel. Der Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi“

Lesung aus dem gleichnamigen Buch von Marianne Subklew-Jeutner und Gespräch am 29. März 2020, 15.00 Uhr

Pfarrer Eckart Giebeler arbeitete von 1949 bis 1992 als evangelischer Gefängnisseelsorger in bis zu zehn Haftanstalten der DDR und verpflichtete sich per Handschlag zur Zusammenarbeit mit dem MfS. Als IM „Roland“ schrieb er Berichte über Inhaftierte, besprach Tonbänder mit Informationen über Pfarr-Konvente und Pfarrer-Kollegen und übergab dem MfS Dokumente, die „nur zum innerkirchlichen Dienstge-

brauch“ bestimmt waren. 1992 veröffentlichte Giebeler seine Autobiographie unter dem Titel „Hinter verschlossenen Türen. Vierzig Jahre als Gefängnisseelsorger in der DDR“, in der er u.a. beschreibt, wie er den Anwerbungen des MfS als Christ und Pfarrer widerstanden habe.

Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegenstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

Leserbrief

Auch Beschäftigung war garantiert

Zum Beitrag „Fixierung aus pädagogischen Gründen“, Ausg. 1/2020, S. 10

Zu dem Bericht möchte ich mich äußern. Eines vorneweg: Ich bin 1987 von der BRD freigekauft worden, also keinesfalls ein „DDR-Verklärer“. Aber die Zustände, wie sie hier in diesem Bericht geschildert werden, habe ich nie erlebt.

Ich arbeitete seit 1964 fast ununterbrochen in der Pflege, in Behindertenheimen und Krankenhäusern. Erst als Hilfspfleger, dann Staatsexamen, dann in leitender Position.

In einem Behindertenheim nahe Görlitz, es war ein ehemaliger Herrnsitz, gab es schon in den 70er Jahren einen Aufzug für Rollstuhlfahrer, umfangreiche kulturelle Betreuung (Landfilm, Schulklassen usw.). Auch Beschäftigung war garantiert, die Behinderten fertigten Objekte für die Firma Meyer Optik an, verdienten sich was dazu.

Ich habe nirgends körperliche Gewalt erlebt (Ich denke mal, es lag auch am Personal, nicht immer an der „DDR-Politik“). Klar war manches nicht optimal, aber diese Zustände, wie sie die „Berater“ hier schildern, kann ich nicht bestätigen.

Die Einrichtungen standen auch nicht in diesem Kostendruck von heute, wo eine Klinik oder Einrichtung Massen von Beratern, von „Pflegeexperten“ die kaum ein Pflegebett gesehen haben, bezahlen muß.

Wie es in den Strafvollzugsanstalten o. ä. zugeht, weiß ich nicht.

Und es gab auch damals schon rechtliche Regelungen, wie man mit Fixierungen usw. umgehen mußte und wie sich Betroffene wehren konnten. Es gab auch Rechtsmittel, die man Nutzen konnte... Eine Eingabe z.B. beim Staatsrat hat, das kann ich aus eigenem Erleben schildern, manchen SED-Funktionär zurückgepfiffen und schlottern lassen.

Reinhold Kalisch,
Baden-Baden

Abschied

**Helga Scharf
(11. März 1934 – 1. Februar 2020)**

Als Helga Koebcke am 17. März 1952 verurteilt wurde, war sie gerade 18 Jahre alt geworden. Das Urteil empörte sie besonders, weil sie zur „Tat“-Zeit noch minderjährig war. Die Schülerin hatte Flugblätter von West-Berlin nach Werder transportiert. Im Oktober 1951 vom DDR-Staatssicherheitsdienst verhaftet, kam sie in das Gefängnis in der Potsdamer Bauhofstraße, wo sich das Stasi-Untersuchungsgefängnis bis zu seinem Umzug in die Lindenstraße 1952 befand. Das Landgericht Potsdam verurteilte sie zu drei Jahren Gefängnis. Sie kam in das Zuchthaus Cottbus, aus dem sie im Januar 1953 auf Bewährung entlassen wurde.

In der Potsdamer Untersuchungshaft erkannte Helga Koebcke die Stimme ihres Freundes Siegfried Scharf – auch er war wie sie der Werderaner „Gruppe“ zugeordnet worden, wurde aber nach ein-

**Wolfgang Weinoldt
(5. Februar 1923 Leisnig/Sachsen –
4. Februar 2020 Lüneburg)**

Er war ein enger Freund von Werner Ihmels, studierte Jura und gehörte nach 1945 zum studentischen Widerstand an der Universität Leipzig. Nach der braunen Barbarei sollte ein demokratisches Deutschland in Frieden und Freiheit folgen. Dafür arbeitete Wolfgang Weinoldt aktiv in der CDU als Hochschulvertreter der Universität Leipzig und im Studenterrat als Immatrikulationsreferent.

Am 16. September 1947 wurde er vom KGB verhaftet und am 2. Dezember des gleichen Jahres, wie er schreibt, „von einem sowjetischen Militärtribunal in Dresden wegen ‚Spionage‘ zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt“. Werner Ihmels (1926-1949) und der Mitangeklagte 16jährige Oberschüler Horst Krüger (1931–2019) erhielten 25 Jahre. Die Gruppe war durch Verrat aufgefliegen. Der vierte Angeklagte M. war angeblich „flüchtig“. Der Leidensweg von Wolfgang Weinoldt führte durch die Haftanstalten Bautzen, Sachsenhausen, Untermaßfeld und Brandenburg. Erst am 16. Januar 1954 kam er frei. Kurz darauf ging er in die Bundesrepublik. In Göttingen setzte er sein Jurastudium fort.

einhalb Jahren ohne Urteil entlassen. Nachdem Helga von einem Erholungsurlaub aus England zurückgekehrt war, heirateten die beiden 1956.

Mit ihren Kindern und Enkeln kam Helga Scharf gern in die Gedenkstätte Lindenstraße, wo ihre Biographie in zwei Sonderausstellungen gewürdigt wurde: sowohl in der über das Potsdamer Polizeigefängnis Priesterstraße/Bauhofstraße als auch in der über die verfolgten Jugendlichen aus Werder (Havel). Auch in dem Musikprojekt „Klänge hinter Mauern“, in dem junge Komponisten die Klangerinnerungen ehemaliger Inhaftierter aus Potsdam in Musik übersetzen, engagierte sie sich.

Wir kannten Helga Scharf als einen klugen, in sich ruhenden Menschen. Wir vermissen sie und werden uns ihrer immer in Dankbarkeit erinnern.

Uta Gerlant



Wolfgang Weinoldt.

Bis 1988 arbeitete er als Sozialrichter in Lüneburg. Dort lebte er auch nach seiner Pensionierung.

In einem Akt von Wiedergutmachung verlieh ihm 2001 die Juristenfakultät der Universität Leipzig den Dr. iur. h.c. Die Laudatio hielt sein alter Leipziger Studienfreund Dr. Günter Kröber: „Das Ringen um den demokratischen Aufbau an der Universität Leipzig nach 1945“.

Wolfgang Weinoldt starb einen Tag vor seinem 97. Geburtstag.

Gerald Wiemers

Der Fall Heinz Felfe

Welche Motive bringen einen Menschen dazu, für den Geheimdienst der SS, für das Reichssicherheitshauptamt, für die



.....
 Bodo v. Hechelhammer: *Spion ohne Grenzen. Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten*, Piper Verlag, München 2019, 416 S., 24,- €

Gehlen-Organisation, für den britischen MI-6, für den KGB, für den BND und für das MfS zu arbeiten? Sozusagen als Universal-Geheimdienstler? Einerseits Spitzel, andererseits Agent. Die Motive sind, alle Beweggründe zusammengefaßt: Vor allem arbeitete er für sich selbst, der Mehrfachspion Heinz Felfe.

Dies legt der Historiker Dr. Bodo von Hechelhammer nahe. Felfe war einer der großen Spionagefälle gegen die Bundesrepublik Deutschland, er spionierte als Mitarbeiter des Bundesnachricht-

tendienstes für die Sowjetunion und die DDR. Der durch die Verratshandlungen entstandene Schaden wurde für den BND noch übertroffen durch seinen Imageverlust. Partnerdienste hatten dadurch gegenüber dem BND einen Grund zum Mißtrauen. Von dem Schaden, den die verratenen Menschen im Osten erlitten, ganz zu schweigen. Außerdem kam wieder einmal der geheimdienstliche Einsatz ehemaliger Nazis ans Licht der Öffentlichkeit. Daß dieser Mann, immerhin ein ehemaliger SS-Obersturmführer, in erster Linie für den kommunistischen Gegner arbeitete, spielte für die Öffentlichkeitswirkung eine geringere Rolle.

Die Personalpolitik des BND zu Zeiten des Kalten Krieges läßt ohnehin einige Fragen offen. Ich erinnere an den großen Journalisten Matthias Walden, der im Hinblick auf die ehemaligen NS-Leute von einem Geburtsfehler der Bundesrepublik sprach. Vieles spricht dafür, daß Felfe vom KGB geopfert wurde, im November

1961 wurde er als KGB-Spion verhaftet. Im Februar 1969 wurde er ausgetauscht, die östliche Seite zahlte für ihn einen hohen Preis. Felfe kannte die geheimen Kontakte zwischen Ost und West, denn er war in Notaufnahmelagern im Auftrag des Gesamtdeutschen Ministeriums als Befrager eingesetzt. Viele ehemalige Volkspolizisten werden ihn von daher kennen. Felfe wußte also, wie Freikauf und Austausch geregelt wurden.

In der DDR fühlte sich Felfe eingesperrt, er empfand sich ohnehin wieder als etwas Besseres. Die SED verlieh ihm den Professorentitel, und als solcher trat er als juristischer Gutachter gegen Bürgerrechtler wie Jürgen Fuchs oder Roland Jahn in Erscheinung. Felfe blieb sich treu, er konnte wieder anderen Menschen politisch Schaden zufügen, um selbst im Glanz der Ehrung zu stehen – egal unter welchem Vorzeichen. Dem Autor Hechelhammer ist dafür zu danken, daß der Fall Felfe auf der Basis von neuen Dokumenten diskutiert wird.

Bernd Lippmann

Eine Geschichte von Verrat

Am 4. Dezember 1989 wurde in Erfurt von Bürgerrechtlern in Erfurt die erste Stasizentrale besetzt und die Aktenvernichtung gestoppt. Nur zwei Jahre später wurden am 2. Januar 1992 die Stasiakten für alle Verfolgten geöffnet. Mit der Veröffentlichung spektakulärer Bespitzelungsfälle gelang es, die Diskussion fast ausschließlich auf die inoffiziellen Mitarbeiter zu richten und damit von den Führungsoffizieren der Staatssicherheit, die Zerstörung von Familien, Berufskarrieren, Freundschaften und sogar Leben in Maßnahme- und Zersetzungsplänen, abzulenken.

Nach drei Jahrzehnten sollte man meinen, böse Überraschungen wären kaum noch zu erwarten. Weit gefehlt. Was passiert, wenn eine Tochter erfährt, daß ihr geliebter Vater, der sie stets ermutigt hatte, ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und der ein scheinbar unangepaßtes Leben in der DDR geführt hatte, ein Stasispitzel war? Dieser Frage ist Petra Riemann in ihrem Buch „Die Stasi, der König und der Zimmermann“ nachgegangen.

Petra wuchs im idyllischen Meiningen auf, wo ihr Vater Lutz Riemann erst als Ensemble-Mitglied des Meininger Thea-

ters, später als freischaffender Schauspieler tätig war. Das Meininger Theater war in der DDR legendär. Es galt als Aufgangsort für Theaterleute, die andernorts auf oder hinter der Bühne schon nicht mehr arbeiten konnten. Hier inszenierte Angelica Domröse, bevor sie mit ihrem Mann Hilmar Thate in den Westen ging. Nach Meiningen zu fahren dauerte lange, selbst wenn man in Thüringen wohnte. Viele taten es dennoch, um sich ein bißchen freier zu fühlen, nachdem man sich eine oder mehrere Aufführungen angesehen hatte.

Petras Familie war scheinbar liberal. Sie wurde durchaus ermutigt, sich gegen Ungerechtigkeiten oder falsche Entscheidungen zu wehren. Ihre Eltern standen immer hinter ihr. Für DDR-Verhältnisse war die Familie privilegiert. Erst wohnte sie, wenn auch beengt, im Dachgeschoß einer Villa, die Riemanns Großmutter gehörte, dann in einem Haus. Die Großmutter war als Herrin über die Theaterkarten eine in Kulturkreisen begehrte Person, der Vater wurde als Schauspieler immer populärer und erreichte republikweite Bekanntheit als Kommissar Zimmermann im „Polizeiruf“, das DDR-Pendant zum „Tatort“.

Petra bekam nie das Gefühl vermittelt, daß man nicht alles sagen dürfe, und hat bis zum Schluß an die Überlegenheit des Sozialismus geglaubt. Ihr Vertrauen ging so weit, daß sie ihrem Vater keine Fragen stellte, als er ihr auf einer Segeltour einen Zettel gab, auf dem stand, daß er für die Auslandsspionage der Stasi gearbeitet hatte. Lutz Riemann nahm den Zettel wieder an sich und Petra vergaß die Sache wieder. Bis sie eines Tages aus der Zeitung erfuhr, daß ihr Vater IM der Staatssicherheit war. Anlaß war die Kanzlerkandidatur des SPD-Politikers Peer Steinbrück, ein ferner Cousin ihrer Mutter. Steinbrück hatte als junger Mann mehrfach die Familie in Meiningen besucht und bei dieser Gelegenheit mit Lutz Riemann längere Gespräche geführt. Nun wurden in der „Welt am Sonntag“ diese Gespräche bekannt gemacht. Da es sich bei Riemann um einen Schauspieler handelte, der inzwischen auch in den alten Bundesländern als Moderator bekannt war, wurde die Veröffentlichung als Sensation empfunden. Das Perfide war, Riemann hatte mit den Journalisten gesprochen, Peer Steinbrück aber nicht gewarnt, was mit der Publikation auf ihn zukommt. Es war, als ob Riemann immer noch nach den alten Zersetzungsmethoden handelte.

Für seine Tochter war es der Anlaß, sich mit ihrem DDR-Bild kritisch auseinan-

Veranstaltungen

16.3. (Mo), 18.00 Uhr:

Buchlesung **„Meine Akte“** mit Chaim Noll; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

17.3. (Di), 16.00 Uhr:

„Stasi intern“. Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, Rundgang; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Treffpunkt: Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum „Runde Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Di), 18.00 Uhr:

Der russische Historiker Dr. Dmitrij Chmelniczki hält seinen Vortrag: **Die Voraussetzungen des II. Weltkrieges**. Die Geschichte des Problems; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Montagsdemonstrationen werden zu Wahlkundgebungen – erste freie Volkskammerwahlen, Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Reihe „Heute vor 30 Jahren – Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.3. (Do), 17.00 Uhr:

Stasi-Akte Spezial **„Willy Brandt in Erfurt – Der Besuch am 19.3.1970“**, Ref. Dr. Antje Bauer, Stadtarchiv Erfurt; Veranstaltung d. Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt u.a.; Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

19.3. (Do), 18.00 Uhr:

„Der Blick der Staatsicherheit“ Fotografien aus dem Archiv des MfS, Buchvorstellung mit Dr. Philipp Springer, BStU; Veranstaltung d. BStU u. d. Kreisstadt Bad Hersfeld; Ort: Wandelhalle des Kurhauses Bad Hersfeld, Am Kurpark 10, 36251 Bad Hersfeld

23.3. (Mo), 15.00 Uhr:

Einblick ins Geheime. Ausstellungsbegleitung mit Blick ins Archiv; Veranstaltung d. BStU; Ort: ehemalige Stasi-Zentrale (Campus für Demokratie), Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

24.3. (Di), 14.00–19.00 Uhr:

Bürgerberatung und Vortrag, 17.00 Uhr: **„Beobachten. Verfolgen. Zersetzen. Das Wirken der Stasi in Lauchhammer“**, Vortrag v. Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Stadtverwaltung

derzusetzen und die Rolle ihres Vaters in diesem Regime aufzudecken und zu verstehen. Letzteres erwies sich als fast unmöglich, weil Riemann nicht bereit war, sein Verhalten zu reflektieren. Er log bis zum Schluß und ging sogar so weit, eine Zweitfamilie, die er in Berlin hatte, als von der Stasi gewünscht hinzustellen.

Riemann hat nicht nur seine Tochter verraten, sondern mehrere Menschen, deren Freundschaft er nur gesucht hat, um sie für die Stasi auszuspionieren.

Besonders perfide, ein anderes Wort fällt mir dazu nicht ein, war sein Verhältnis zum Schriftsteller Roger Nastoll, der als Student unter falschen Anschuldigungen monatelang in Haft gewesen war. Riemann berichtete nicht nur, sondern trug mit Zersetzungsmaßnahmen dazu bei, Nastolls schriftstellerisches Talent zu unterdrücken. Für Petra handelte es sich um eine Familienfreundschaft, bei der auch die Kinder miteinander verbunden waren. Irgendwann wurde der Kontakt abgebrochen, ohne daß Petra erfuhr, warum.

Zu den Opfern von Riemann gehörte auch der Leiter des Meiningener Theaterorchesters Wolfgang Hocke, den Riemann wegen Bemerkungen denunzierte, die Hocke während seiner Gastspielreisen in die Bundesrepublik gemacht hatte. Riemann wurde auf diese Reisen mitgeschickt, damit das Orchester überwacht werden konnte. Natürlich entstand bald der Verdacht, daß er, der keinerlei Funktion im Orchester hatte, von der Stasi geschickt sein könnte. Das Gerücht hat aber nicht verhindert, daß es Riemann gelang, tief in die literarischen Kreise in

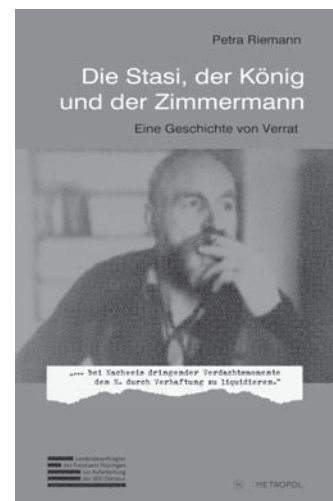
Thüringen einzudringen. Er versuchte dabei immer wieder, Schriftsteller zu Bemerkungen zu verleiten, die er anschließend als gefährlich weitermelden konnte.

Warum er das tat? Riemann bezeichnete sich selbst als Kommunisten, was aber keine Entschuldigung für sein verräterisches Verhalten sein kann.

Was das Ermutigende an diesem Buch ist: Petra zeigt, wie weit der Apfel vom Stamm wegfallen kann. Sie setzt sich mit einer Offenheit und einem Mut zur Wahrheit mit dem schwierigen Thema auseinander, die in einem wohlthuenden Kontrast zur feigen Verlogenheit ihres Vaters stehen.

Petra hat heute ein freundliches Verhältnis zu ihrer Halbschwester Therese, Roger Nastolls Sohn ist es gelungen, seinen Vater rehabilitieren zu lassen. Nastoll hat das nicht mehr erleben können, aber Petra Riemanns Buch hat ihn als Schriftsteller wieder in Erinnerung gerufen. Wenn ich Nastolls einziges, im Greifenverlag erschienen Buch über seine Wanderungen in Nordthüringen in die Finger kriegen sollte, werde ich es lesen. Besser noch, man sollte für eine Neuauflage sorgen. Das wäre ein gutes Zeichen, daß die Stasi nicht das letzte Wort hat.

Vera Lengsfeld



.....
 Petra Riemann: *Die Stasi, der König und der Zimmermann. Eine Geschichte von Verrat*, Metropol Verlag 2019, 284 S., 22,- €

Top Secret war gestern

Das Buch über Mythen der Spionage läßt sich als eine Art Nachschlagewerk lesen, dabei unterhaltsam und streckenweise spannend. Für den Laien vielleicht so: Was Sie schon immer über die Arbeit von Geheimdiensten wissen wollten. Jeder der 77 kurzen Texte ist in sich abgeschlossen, einerseits kann man also ohne Informationsverluste „zwischenrind“ lesen. Andererseits taucht z. B. Super-Spitzel „Topas“ in verschiedenen Texten auf. Wenn man sich für diesen Herrn im Speziellen interessiert, muß man demgemäß mehrere Texte lesen.

Man muß Christopher Nehring dafür dankbar sein, daß der geheimdienstliche Heiligenschein, den das MfS über seinem

„Topas“ ausgebreitet hat, zerstört wird. Dieser Mann hat nämlich keinesfalls etwas Wesentliches verhindert, schon gar nicht einen Weltkrieg. Und ein rein ideologisch gesteuerter Idealist war Rupp, so der Name von „Topas“, auch nicht. 800 000 DM sprechen da eine klare Sprache.

Rupp war nicht der einzige Spitzel im Westen, der im Buch von Dr. Nehring „entzaubert“ wird. Ein Paradebeispiel für Fehleinschätzungen in der Öffentlichkeit ist der sogenannte Kanzleramtsspion Guillaume. Bei der Stasi galt er als höchstens Mittelmaß. Nehring sagt dazu das Nötige. Als „Mann ohne Gesicht“ geisterte ein Stasi-Funktionär namens Wolf, seines Zeichens



einer der Stellvertreter Mielkes, durch die westlichen Gazetten. Auch hierzu läßt sich bei Nehring Interessantes erfahren. Selbstredend enthält das Buch das Thema „Gladio“, bzw. „Stay Behind“, was im Hinblick auf Deutschland ein Informationssystem war. Der ehemalige MfS-Oberst Bernd Fischer sagte 2014: „Wir bauten keine Stay Behind Organisation auf wie die Dienste der NATO-Staaten.“ Die politische Logik dieser Leute ist also auch heute noch bemerkenswert. Dieser Mann sollte Nehrings Buch lesen, er könnte wesentlich dazulernen, zum Beispiel zum Thema „Gladio“.

Die Unterstützung der RAF-Terroristen durch das MfS, z.B. Schießtraining, wird ins Bild gesetzt. Wenn im Text über den Mord am Bulgaren Markov („Regenschirmmord“) berichtet wird,

schimmert Nehrings Kompetenz als profunder Kenner des bulgarischen Geheimdienstes durch.

Kleine kritische Anmerkungen schmälern nicht den positiven Eindruck, den das Buch hinterläßt.

Verbeamtete hauptberufliche Mitarbeiter des MfS im Offiziersrang gab es nicht.

Beamte gab es als Personalbegriff in der DDR nicht, und hauptberufliche MfS-Leute hatten nicht immer Offiziersrang. Das Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt war nicht im Jahre 1974. Daß die SED Teile ihres Vermögens in die Schweiz schaffte, ist nur die halbe Wahrheit. Vor allem schaffte sie DDR-Staatsvermögen ins Ausland.

Dem Buch ist eine Weiterung zu wünschen, 144 Mythen wäre vielleicht eine gute Zahl. Dann könnten die Einschleusung von Spitzeln unter in den Westen entlassenen Häftlingen erörtert und die Tötungshandlungen gegen Moldenhauer, Eigendorf oder Gartenschläger belichtet werden. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges beinhaltet die Möglichkeit, weitere Mythen zu besprechen, so z.B. die Frage, was noch geheim ist, etwa in Fragen der deutschen kryptologischen Erfolge. Die Forschung zur militärischen Nutzung der Kernspaltung in Deutschland verdient eine Betrachtung. Wie weit waren die Gruppen um Heisenberg einerseits, andererseits um Diebner? Gab es in Sachen Kryptologie eine Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Sowjetunion, welche Auswirkungen hatte eine solche gegebenenfalls im Zweiten Weltkrieg?

Es gibt noch viele Fragen, die auf Antwort warten. Sinnvoll scheint außerdem eine Liste von allgemeinen geheimdienstlichen Begriffen und Abkürzungen.

Bernd Lippmann

Chinas Einfluß auf die sozialistische Welt

(VT)Anknüpfend an das Konzept einer globalgeschichtlichen Kommunismusforschung untersuchen die Beiträge des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung 2020 die wechselseitige Wahrnehmung kommunistischer Regime bei ihren Bemühungen, auf die ökonomischen Krisen der 1970er Jahre zu reagieren. Das in Kooperation mit Felix Wemheuer (Universität zu Köln) herausgegebene Jahrbuch geht dabei insbesondere der Frage nach, welche Auswirkungen die chinesische Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 auf andere staatssozialistische Länder hatte. Darüber hinaus wird analysiert, wie die Volksrepublik seit den 1960er Jahren von den letztlich vergeblichen Reformversuchen in Osteuropa lernte.

Vor dem Hintergrund des wachsenden globalgeschichtlichen Interesses untersucht das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2020 die internationalen und transnationalen Zusammenhänge der Wirtschaftsreformen in China und Osteuropa, ohne die das Scheitern des Staatssozialismus in Osteuropa und der Aufstieg Chinas zur neuen Weltmacht nicht zu verstehen sind.

Den Auftakt bilden Beiträge, die sich mit der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik in Zusammenhang mit globalen Lernprozessen beschäftigen. Weiter wird untersucht, welche Bedeutung das chinesische Modell im globalen Süden hatte, spielte die Volksrepublik China während der Mao-Ära (1949–1976) doch eine ak-

Veranstaltungen

Lauchhammer, Liebenwerdaer Straße 69, 01979 Lauchhammer

24.3. (Di), 16.00 Uhr:

„**Stasi intern**“. Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, Rundgang; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Treffpunkt: Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum „Runde Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

26.3. (Do), 18.30 Uhr:

„**Briefe ohne Unterschrift**“, Filmpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Museum für Kommunikation, Leipziger Str. 16, 10117 Berlin

27.3. (Fr), 11.00 Uhr:

Das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort. Gelände- und Ausstellungsbegehung; Veranstaltung d. BStU; Ort: ehemalige Stasi-Zentrale (Campus für Demokratie), Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

31.3. (Di), 16.00 Uhr:

„**Stasi intern**“. Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, Rundgang; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Treffpunkt: Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum „Runde Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

31.3. (Di), 18.00 Uhr:

ROT war nicht nur die Liebe. Ein Familiendrama, Ursula Schöbe, ehemalige politische Gefangene stellt in Kooperation mit dem OEZ Berlin Verlag ihr Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

31.3. (Di), 18.00 Uhr:

Die verschwundene Heimat. Wie sich der Osten an die DDR erinnert, Filmpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.4. (Mi), 17.00 Uhr:

Das Stasi-Gelände in Neubrandenburg; Veranstaltung d. Stasi-Unterlagen-Archivs Neubrandenburg im Rahmen der Reihe „Unterwegs im Archiv“; Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

2.4. (Mi), 10.00 Uhr:

Archivführung für Senioren, die Führung findet ausschließlich im Erdgeschoß statt und ist barrierefrei, auf Wunsch werden Sitzgelegenheiten bereitgestellt, im Anschluß können Anträge auf Akteneinsicht gestellt werden (gültiges Personaldokument ist mitzubringen), umfassende Beratung und Hilfe bei der Antragstellung; Veranstaltung des



.....
 Christopher Nehring: Die 77 größten Spionagemythen. Enträtselt. Heyne Verlag, München 2019, 256 S., 9,99 €

Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt im Rahmen der Reihe „Unterwegs im Archiv“; Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

7.4. (Di), 18.00 Uhr:

Abgehängte Länder. Wie verlassen ist der Osten? Mit Wolfgang Wieland, Bürgermeister a.D., Berlin, Prof. Dr. Heinz Bude, Soziologe, Berlin, Christine Herntier, Bürgermeisterin der Stadt Spremberg, Jan Šicha, Historiker, Prag, Susanne Tatje, Autorin, Leiterin d. Amts für Demographie und Statistik Bielefeld a.D., Mod. Maike Rademaker, Berlin; Veranstaltung des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a. in der Reihe „Zukunftswerkstatt Einheit. Hoffnungen – Veränderungen – Perspektiven“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.4. (Do), 10.00 Uhr:

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv Suhl. Führung für Senioren, Kurzvortrag Wie arbeitete die Bezirksverwaltung Suhl des MfS, wie kam es zu ihrer Auflösung? Archivführung; Veranstaltung der BStU Außenstelle Suhl; Ort: BStU Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

14.4. (Di), 18.00 Uhr:

„Grenzterror“, Thomas Stein, ehemaliger politischer Häftling, stellt sein autobiographisches Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

21.4. (Di), 18.30 Uhr:

Die DDR und die Sowjetunion. Eine besondere Beziehungsgeschichte, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Museum für Kommunikation, Leipziger Str. 16, 10117 Berlin

Sonderausstellung

„Gwangju 1980“

Fotoausstellung zur Demokratiebewegung Südkoreas

Der Aufstand von Gwangju 1980 wird heute als Meilenstein für die Demokratiebewegung Südkoreas gefeiert. Die Ausstellung des Korea Verbands e.V. aus Berlin zeigt ehemals verbotene Fotos des Aufstandes, die Journalisten und Zivilisten unter Lebensgefahr aufgenommen haben. Die Bilder gehören seit 2011 zum UNESCO-Weltkulturerbe.


Ganzjährig zu sehen montags bis sonntags von 10.00 bis 18.00 Uhr

Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, vor und im ehem. Stasi-Kinosaal, Ditt-richting 24, 04109 Leipzig



Ulrich Mähler (Hg.), Felix Wemheuer (Gasthg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2020*, hrsg. u.a. im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin, Metropol Verlag 2020, 256 S., 29,- €

tive Rolle im Prozeß der Dekolonisierung Afrikas und Asiens. Zwei Beiträge nehmen dazu die Entwicklungen in Tansania bzw. Kuba in den Blick. Abschließend stehen globale ökonomische Verflechtungen der staatssozialistischen Länder seit den 1960er Jahren im Mittelpunkt der Texte.

Das 1993 von Hermann Weber in Mannheim begründete und seit 2004 im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegebene Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung ist die wichtigste deutschsprachige Plattform der deutschen und internationalen historischen Kommunismusforschung. 

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, 

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Astler, Joachim Bauer, Walter Bengel, Asnath Boggasch, Peter Bosse, Klaus Buchin, Eberhard Büttner, Gerold v. Busse, Erwin u. Heidi Donner, Pia Falck, Heike Fegeler, Hans-Dieter Fritsch, Renate Gebel, John Gerstner, Werner Henning, Andreas Herzog, Uwe-Rolf Hinze, Günter Hölzer, Ulf Hutengs, Horst Jungsbluth, Heiner Kausch, Claus Klappert, Lutz König, Anneliese Könncke, Frank Kühnast, Alois Kuhn, Ingeborg Kuhne, Joachim Lummitsch, Peter Menzel, Rudolf Miekley, Reinhard Pappai, Günther Plätzsch, Rolf Raible, Helmut Rex, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Wolfgang Rullik, Dr. Oskar Schmidt, Michaela Schön, Siegfried u. Renate Schöne, Axel Schonder, Rolf Schröder, Lieselotte Schütze, Edith Seidler, Norbert Sommer, Sigrid Stelrow, Martin Taatz, Karl-Heinz Ulrich, Helge Viereck, Anneliese Wolf

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wer nicht an Wunder glaubt,
ist kein Realist.

David Ben-Gurion

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 26. Februar 2020

